

Position: Gemeinsam mehr erreichen – Lebendige Dörfer durch verstärkte politische Unterstützung

Vielerorts wird versucht, die gesetzlich verankerte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ mit Ausgleichs- und Fördermaßnahmen herzustellen. Doch Geld allein stabilisiert keine Region, mindestens genauso wichtig sind die Menschen vor Ort, ihr Engagement und ihr Wissen über mögliche örtliche Defizite. Bleibeperspektiven gibt es dort, wo soziales Miteinander funktioniert, wo Menschen eine Zukunft für sich sehen und erkennen, was sie für sich und ihre Umgebung erreichen können. **Zivilgesellschaftliches Engagement spielt dabei dieselbe Schlüsselrolle wie die staatliche Daseinsvorsorge und die Wirtschaftskraft einer Region.** Die immer wieder beschworene Trisektoralität von Staat, Markt und Zivilgesellschaft bedarf einer gleichwertigen Schwerpunktsetzung.

Es ist an der Zeit, das soziale Miteinander auf kommunaler Ebene auch politisch zu fördern, um die Lebendigkeit des ländlichen Raums zu stärken.

Um zukünftig gemeinsam mehr erreichen zu können, fordert der dlv:

I. Mehr Hauptamt für das Ehrenamt!

Dorfgemeinschaften, die sich für einen Dorfentwicklungsprozess und damit verbundene Vernetzung entscheiden, benötigen professionelle Begleitung. **Eine Koordinierungsstelle in Form eines neuen Modells der übergreifenden Zusammenarbeit kann als Anlaufpunkt, als Treiber der Aktivitäten dienen.** Diese Koordinierungsstelle kann Vereine zum Beispiel in rechtlichen Fragen beraten, unterstützen und untereinander vernetzen. Je ausgeprägter und organisierter die Koordination und Interessenvertretung abläuft, desto aktiver sind Dorfgemeinschaften¹.

Diese Stelle muss konstant und langfristig zur Verfügung stehen und hauptamtlich getragen werden. Nur so kann sie Erfahrungsaustausch, Weitergabe von Wissen und Vernetzung ermöglichen.

Kommunale Wirtschaftsförderungskonzepte sind inzwischen weit verbreitet, Ehrenamtsförderung muss endlich als ebenso wichtige Aufgabe erkannt und konzeptionell sowie finanziell bearbeitet werden.

II. Vernetzung von Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik!

Zu mehr Miteinander im ländlichen Raum muss die Kommunalpolitik beitragen. Nicht immer wird dafür Geld benötigt, vor Allem brauchen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mehr Mitbestimmungsrecht. Zivilgesellschaftliches Engagement kann Wirkung zeigen – wenn es politisch gewollt und unterstützt wird. Oft reicht es schon, Räume zur Verfügung zu stellen, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu pflegen und Offenheit sowie Umsetzungswillen für ihre Ideen zu zeigen.

Ein abgestimmtes Zusammenspiel von Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft trägt zu mehr Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei, was sich wiederum positiv auf das Engagement der Bevölke-

¹ Vgl. Krumbach (2015):

http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/diskussionsmaterial_ab_s.2.pdf

ung auswirken wird. Die Förderung einzelner, auch kleinerer Projekte bis hin zu Dorfprogrammen kann eine Initialfunktion für Gemeinschaftlichkeit sein. Gemeint ist damit nicht nur finanzielle, sondern auch ideelle Förderung!

Dafür ist die Haltung der Kommunalpolitik von enormer Bedeutung. Sie muss mit gutem Beispiel voran gehen: offen, glaubwürdig und anerkennend.

III. Erhalt und Ausbau von Infrastruktur!

Dörfer ohne Infrastruktur sind für niemanden attraktiv, weder für die Bewohner noch für potenzielle Zuzügler. Auf einen kurzfristigen Rückbau von Infrastruktur ist deshalb zu verzichten. Auch wenn Dezentralisierung und Regionalisierung kurzfristig teurer erscheinen, bieten sie langfristig gedacht die besseren Perspektiven. **So wenig Infrastruktur wie möglich sollte zentralisiert werden, auch um Arbeitsplätze in ländlichen Regionen zu erhalten. Städte dürfen bei Erhalt und Ausbau von Infrastruktur nicht bevorzugt werden!**

Die wichtigste soziale Infrastruktur für ein lebendiges Dorf bleiben jedoch Treffpunkte. Räume, die von Vereinen genutzt werden können müssen erhalten bleiben, um das soziale Miteinander zu stärken. Diese müssen von den Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei und unbürokratisch genutzt werden können.

Damit Kommunen diese Aufgaben finanziell bewältigen können, fordert der dlv eine höhere finanzielle Ausstattung auch kleinerer Kommunen, um die Infrastruktur, das Ehrenamt und damit die Lebendigkeit des Dorfes unterstützen und aufrechterhalten zu können! **Eine erleichterte finanzielle Mithilfe des Bundes wie im Bereich Schule könnte dafür eine Lösung sein.**

IV. Mehr Anerkennung und Wertschätzung!

Die Aktivität der Zivilgesellschaft steht und fällt mit der wertschätzenden Haltung aus dem unmittelbaren Umfeld der Ehrenamtlichen. Dazu gehört auch die Politik, sowohl auf kommunaler-, als auch auf Landesebene. **Die Gewährung von Bildungsurlaub und Freistellungen auch für Ehrenamtliche Tätigkeiten fordert der dlv bereits seit 2013, auch eine Anhebung der steuerfreien Kilometerpauschale für Ehrenamtliche ist längst überfällig.**

Der dlv fordert eine angemessene Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeiten. **Das muss in Form zusätzlicher Rentenpunkte für ehrenamtliche Funktionsträger, Ehrenamtskarten oder beispielsweise kostenfreies Parken für Ehrenamtliche in der Innenstadt geschehen.**

Aktive Bürgerinnen und Bürger wollen in zivilgesellschaftlichen Prozessen eine Zusammenarbeit mit Politik auf Augenhöhe, als gleichberechtigte Partner. Ein Ehrenamt auszuführen ist nicht selbstverständlich und kann auch nicht als solches hingenommen werden.

Vom Präsidium am 05.12.2018 verabschiedet.